

Prof. Dr. Manfred Wilke
Wissenschaftlicher Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat

Stellungnahme zu den „Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘“

Hearing am 06. Juni 2006 im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Eine Historisierung der kommunistischen Diktatur steht nicht auf der Tagesordnung.

Das Minderheitsvotum von Frau Klier betont zu Recht die politischen Herausforderungen, die heute noch in der politischen Präsenz der Geschichte der SED-Diktatur liegen. Die Partei, die aus der SED hervorgegangen ist und in deren Führung noch immer Kader der Diktatur eine ausschlaggebende Rolle spielen, gilt mittlerweile als demokratische Partei. Die politische Präsenz der künftig gesamtdeutsch agierenden PDS ist für sie eine der wichtigsten Ursachen für die in den Empfehlungen kritisierte „Trivialisierung der DDR als politisches System, mit der gerade in jüngster Zeit vermehrt Versuche einer geschichtsrevisionistischen Negierung ihres Diktaturcharakters und eine Verächtlichmachung ihrer Opfer einhergehen.“

In meinen Ausführungen werde ich mich auf zwei zentrale Probleme in den Empfehlungen konzentrieren: 1. Der Stellenwert des Alltags der DDR in dem vorgeschlagenen institutionellen Gefüge des Geschichtsverbundes und 2. Die Zukunft der BStU. Hierbei argumentiere ich systemimmanent in dem institutionellen Gefüge, das die Kommission vorschlägt und das auf einen integrierten Verbund hinauslaufen soll.

Die gültige Gedenkstättenkonzeption des Bundes stellt klar:

Die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen, an ihre Opfer, ihre Verbrechen, Täter und des Widerstandes gegen sie ist eine Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, die eine Geschichtspolitik des Bundes zur Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur begründet haben. Verdrängen war und ist keine Option. Die Scheidelinie der politischen Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhunderts war der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur.

Um ein differenziertes DDR-Geschichtsbild zu vermitteln, schlägt die Kommission die Bildung dreier thematischer Schwerpunkte vor:

- *Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand*
- *Überwachung und Verfolgung* sowie
- *Grenze und Teilung.*

Verbunden werden sollen diese drei Säulen durch ein in Berlin angesiedeltes **Forum Aufarbeitung**, das als „Kommunikationsort der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung zu einer zentralen Anlaufstelle für Fragen der DDR-Aufarbeitung“ entwickelt werden soll. In dem institutionellen Gefüge des künftigen **Geschichtsverbundes** würde organisationssoziologisch gesehen ein steuerndes Zentrum entstehen, das in den ihm zugeordneten Trägerinstitutionen in der Geschichte von Alltag und Herrschaft in der DDR verankert wäre. Die inhaltliche Begründung dieses Vorschlages gerät durch das Plädoyer in eigener Sache für das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig, dessen Direktor Mitglied der Kommission war, darüber hinaus in den Verdacht des institutionellen Lobbyismus'. Könnte diese Profilierung des Alltags der DDR in all seinen Facetten auf eine Perspektivverschiebung der Aufarbeitung hinaus laufen, wie in der bisherigen Debatte vermutet wurde? Anhaltspunkte dafür gibt es, so behauptet Frau Klier, dass dies beabsichtigt ist, dass

aber der Begriff „Paradigmawechsel“ im Zusammenhang mit dem Thema Alltag bewusst vermieden wurde. Gestützt wird diese Information durch einen Satz in den Empfehlungen, den auch die *Verbände der Verfolgten in der SBZ und der DDR* massiv kritisieren, der da lautet: „Zugleich soll mit den vorliegenden Empfehlungen der deutlich Übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegengewirkt werden, mit der die naturwüchsig entstandene Gedenklandschaft gegenwärtig bis zu einem gewissen Grade noch der Herrschaftslogik des SED-Regimes“ folgt. Die staatliche Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist im politischen Raum aber nur zu legitimieren, wenn das Paradigma des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts auch für die DDR gilt. Mit der Fokussierung auf *Alltag und Herrschaft* im „Kommunikationsort“ des Geschichtsverbundes könnte ein solcher Paradigmawechsel befördert werden, den die Opferverbände mit Recht ablehnen.

Festzuhalten bleibt: Mit ihren Empfehlungen zum Alltag in der Diktatur wollte die Kommission eine Lücke schließen, die zwischen einer MfS-zentrierten Wahrnehmung der DDR und den Gedenkstätten für die Opfer klafft. Dieses Anliegen ist berechtigt. Einzuwenden ist, mit dem Haus der Geschichte/Zeitgeschichtliches Forum Leipzig fördert der Bund in Bonn und Leipzig ein Museum, das dem Alltag der Bundesrepublik und der DDR gewidmet ist. Beide Standorte haben nur ein Problem – sie sind nicht in der Hauptstadt.

Warum hat also die Kommission keinen anderen Ansatz zur Konstruktion eines zentralen Kommunikationsortes gewählt? Vorstellbar wäre ein solcher Ort auch im Schwerpunkt *Diktatur und Unterdrückung* gewesen. In den Empfehlungen wird selbst die „Zusammenführung der Gedenkstätten Hohenschönhausen und der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße“ in einer Stiftung vorgeschlagen. Ein solcher zentraler Kommunikationsort würde den Maßstäben der Gedenkstättenkonzeption des Bundes entspre-

chen, zumal dann, wenn in diesem Zusammenhang die Topographie der SED-Diktatur entstünde.

In der Kontroverse um die Sinnhaftigkeit der thematischen Schwerpunktbildung und der damit verbundenen institutionellen Aufspaltung der Geschichte, teile ich die Position derer, die die vorgeschlagene Dreiteilung nicht für „sinnvoll“ halten.

Marianne Birthler dagegen begrüßte den „integrativen Ansatz in den vorgeschlagenen Kristallisationskernen“ und sieht ihre Behörde als vorbildliches „Beispiel für einen solchen integrativen Ansatz“, in dem Archivierung, Forschung und Bildungsaufgaben gebündelt sind. Ohne Zweifel kommt der Bundesbeauftragten dieser Vorschlag sehr entgegen. Die Achse der Empfehlungen zum institutionellen Gefüge des Verbundes dreht sich sowieso um das Schicksal der BStU. Diese Fixierung ist nicht allein mit ihrer qualitativen und quantitativen Bedeutung für den Aufarbeitungsprozess der SED-Diktatur seit 1992 zu erklären, sondern auch der Entstehungsgeschichte dieser Kommission geschuldet. Im Dezember 2004 änderte sich die Zuständigkeit für die BStU und die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur innerhalb der Bundesregierung. Das Bundesinnenministerium gab sie an das Staatsministerium für Kultur im Bundeskanzleramt ab. Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur wurde damit integraler Bestandteil der Kulturpolitik des Bundes und bedurfte hinsichtlich ihrer Ziele und Mittel einer geschichtspolitischen Konzeption. Der Entwurf von Ministerialdirektor Knut Nevermann von 2004 nahm explizit auf die „Gedenkstättenarbeit zur SED-Diktatur“ Bezug, die er insbesondere in Berlin für „unbefriedigend“ hielt und die eine „Neustrukturierung“ erforderte. Seine Vision war, die Institutionen des Bundes in einem *Geschichtsverbund SED-Staat* arbeitsteilig zu nutzen, um die Auseinandersetzung mit dieser diktatorischen Vergangenheit stärker zu fördern. Zwölf Jahre nach Öffnung der MfS- und SED-Akten sollte die Wissensvermittlung über die Diktatur an die Nachgeborenen Vor-

rang haben. Gedenkstätten und Museen sollten eine Aufwertung und damit stärkere Förderung erfahren.

Zur Zukunft der BStU hieß es kurz und bündig: „Die BStU wird in das Bundesarchiv integriert.“ Nachdem diese Absicht öffentlich wurde, führte sie zum Konflikt in der rot-grünen Bundesregierung. Staatsministerin Weiss distanzierte sich öffentlich von diesen Überlegungen und versicherte, die BStU „wird nicht angetastet“, im Gegenteil, sie soll für sie „der wichtigste Partner“ in der nun einsetzenden inhaltlichen und strukturellen Debatte um den zu gründenden „*Geschichtsverbund Aufarbeitung der SED-Diktatur*“ sein. Sie schloss ihr Statement mit den Worten: „Um diese Konzeption zu erarbeiten, wird Marianne Birthler meine Hauptpartnerin sein.“ Frau Weiss handelte und die personelle Zusammensetzung der Kommission und ihr Auftrag entsprachen dieser Ankündigung.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Entscheidung vom Dezember 2004 wird die normative Aussage in den Empfehlungen über die BStU nachvollziehbar, die da lautet „dass die Behörde der BStU angesichts ihrer besonderen historischen Bedeutung und politischen Legitimation auch nach Erledigung ihrer Hauptaufgaben aus dem Prozess der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht zur Gänze herausfallen darf.“ Das war der Kontrapunkt zu den Gedankenspielen im BKM vom 2004. Die Kommission fordert eine „strategische Neuausrichtung der BStU-Tätigkeit“ und damit ihre zeitlich unbefristete Weiterexistenz. Sie wird sogar zum Symbol der friedlichen Revolution in der DDR 1989 verklärt. Die Sätze „Wir sind das Volk!“ und „Wir sind ein Volk!“ oder der deutsche Bastillesturm vom 9. November, mit dem der Weg in die deutsche Einheit begann, sind für die Kommission diese Symbole nicht. Nach ihrem Verständnis ist das Monument für dieses Ereignis das Sonderarchiv für die Stasi-Unterlagen. Welch' ein Beispiel für interessengeleitete historische Fehlinterpretation der Symbolik einer Epochenwende.

Die Frage der Symbolik für die friedliche Revolution und die deutsche Vereinigung ist vor allem für die Nachgeborenen wichtig im Blick auf die jetzt zu formulierenden Geschichtsbilder über Anfang und Ende des SED-Staates.

Jenseits dieser gesellschaftlichen Herausforderungen sollte in unserer demokratischen Erinnerungskultur, die sich auseinandersetzen muss mit zwei miteinander historisch verbundenen Diktaturgeschichten, bedacht werden, dass im gegenwärtigen Bewusstsein der Deutschen diese diktatorische Erblast nicht übermächtig wird, um die Zukunftsgestaltung der Republik zu blockieren. Genau an diesem Punkt ist die Erinnerung an die friedliche Revolution als Selbstbestimmung des Souveräns in der DDR und an den Mauerfall am 9. November so wichtig, waren sie doch eine deutsche Diktaturbeseitigung aus eigener Kraft und damit die positive Erfüllung der Hoffnung all derer, die dieser kommunistischen Diktatur in Deutschland über 40 Jahre widerstanden haben. Einige von ihnen mussten ihren Mut und ihren Einsatz mit dem Leben bezahlen. Wie z. B. der Arbeiter Alfred Diener, der am 17. Juni 1953 die Kreisleitung der SED in Jena mitbesetzte, verhaftet wurde und am 18. Juni durch ein sowjetisches Standgericht zum Tode verurteilt und anschließend erschossen wurde.

Die historische Begründung für den Schwerpunkt *Geheimpolizei und Diktatur* soll die strategische Neuausrichtung der BStU stützen: „Geheimpolizeien waren eine der wesentlichen Existenzvoraussetzungen staatssozialistischer Diktaturen.“ Herrschaftsmittel ja, aber Voraussetzungen? War das nicht die Kommunistische Partei? Für den Fall der DDR stimmt dieser Satz nur mit einer Ergänzung: *Unter den Bedingungen sowjetischer Okkupation*. Wer aber nach diesem grundsätzlichen Plädoyer für die Fortführung der Behörde der Bundesbeauftragten ein schlüssiges Konzept erwartet, wird enttäuscht. Favorisiert wird ein Forschungs- und Dokumentationszentrum, in das die Abteilung Bildung und Forschung der BStU überführt und mit den

Gedenkstätten an die SED-Diktatur in Berlin verbunden werden soll. Um dies zu realisieren, unterbreiten die Empfehlungen drei Varianten. Sie betonen aber auch, die Behörde solle sich künftig auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, also die Erschließung der Akten, der Akteneinsicht für Betroffene und die Erstellung von Findbüchern. Aber wie lange und ob die Behörde weiter existieren soll, sei Sache der öffentlichen Akzeptanz und der Entscheidungen der Politik. Die Gestalt der zweiten Säule des ***Geschichtsverbundes*** bleibt somit offen, wie auch die Zukunft der BStU.

Der Abgeordnete Markus Meckel hat daraus für sich die politische Konsequenz gezogen. Für ihn ist die Öffnung der MfS-Akten eine historische Leistung, „die auch für die Zukunft gesichert werden muss – nicht die Institution!“ Daraus folgt, schon bei der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes muss vom Ende der Behörde im Bundesarchiv her gedacht werden, um Übergangszeiten einzuplanen. Auch Meckel findet, die BStU solle sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Seine Position ist an dieser Stelle von grundsätzlicher Bedeutung für die Debatte. Er unterstützt die Neujustierung der bestehenden Bundesinstitutionen für die künftige Auseinandersetzung mit der Erblast der SED-Diktatur in der Geschichtspolitik des Bundes, verabschiedet sich aber implizit gleichzeitig von dem rot-grünen Projekt eines integrierten ***Geschichtsverbundes***.

Damit eröffnet er einen politischen Weg für die Regierung der Großen Koalition, von der er einen Kraftakt auf diesem Feld fordert, die vielen Denkanstöße der Empfehlungen in Bezug auf die vorhandenen Gedenkstätten, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Museen und die BStU institutionenbezogen zu prüfen, um daraus eine dezentrale Konzeption für die Förderung der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu formulieren. So einen Denkanstoß haben die Empfehlungen mit ihrem Schwerpunkt ***Grenze und Teilung*** geliefert, ein Thema das lange unbeachtet blieb. In dieser Hinsicht ist der Kulturstaatsminister gefordert, Entscheidungen zu treffen, um

z.B. die Umsetzungen des Gedenkkonzeptes *Berliner Mauer* seitens des Bundes zu befördern.

Berlin, 6. Juni 2006